

SITZUNG VOM

6. Mai 1996

PROTOKOLL

der 23. Sitzung

Datum: Montag, 6. Mai 1996
Zeit: 18.00 bis 19.15 Uhr
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Ratspräsident Heinrich Schlatter
Ratspräsident Peter Bühler
Protokoll: Roger Würsch
Anwesend: 35 Mitglieder
Abwesend: Brigitte Schwyzer-Jung (Ferien)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 22. Sitzung vom 1. April 1996
3. Postulat Ernst Schmid und Mitunterzeichnende, "Gezielter Verkauf von stadteigenen Liegenschaften und baureifen Grundstücken aus dem Finanzvermögen" - Begründung
4. Postulat der GPK, "Lärmschutzmassnahmen entlang der SBB-Linien", Kenntnisnahme des Zwischenberichtes und Fristverlängerung
5. Definitive Einführung der Fünftagewoche an der Volksschule und an den Kindergärten
6. Festsetzung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes
7. Ersatzwahl ins Wahlbüro
8. Wahlen gemäss § 37 der Gemeinde-Ordnung
 - 8.1 Geheime Wahl des Ratspräsidenten für die Amtsperiode 96/97
 - 8.2 Geheime Wahl des 1. Vizepräsidenten für die Amtsperiode 96/97
 - 8.3 Geheime Wahl des 2. Vizepräsidenten für die Amtsperiode 96/97
 - 8.4 Wahl von drei Stimmzählern für die Amtsperiode 96/97



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

1. Mitteilungen **V 4.3.2**

1.1 Personelles **V 4.3.1**

Ratspräsident Heinrich Schlatter begrüsst Andreas Schlagmüller, welcher die Nachfolge des zum neuen Stadtschreiber gewählten Substituten Hansruedi Bauer übernimmt.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger wird etwas später eintreffen, da bis 18.30 Uhr seine Sprechstunde im Stadthaus läuft.

1.2 Allgemeines **V 4.3.1**

Folgende Unterlagen waren in der Aktenaufgabe einsehbar:

- Protokoll der 21. Bürositzung vom 22. April 1996
- Geschäftsliste per 23. April 1996
- Schreiben SR an RPK - Abrechnung Regenwasserbecken Haldensteig, Berichtigung
- Schreiben Bauvorstand an GPK - Fristverlängerung Lärmschutzmassnahmen entlang SBB-Linien
- Bezirksrat Bülach - Rekurs gegen Volksinitiative
- Geburtsanzeige Marco Patrick Bühler
- Einladung Ratsherrnschiessen
- Vernehmlassung Büro Gemeinderat an Bezirksrat betreffend Volksinitiative

2. Protokoll der 21. Sitzung vom 4. März 1996

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Postulat Ernst Schmid und Mitunterzeichnende, "Gezielter Verkauf von stadteigenen Liegenschaften und baureifen Grundstücken aus dem Finanzvermögen" - Begründung **L 2.2.1**

Ernst Schmid (CVP) begründet als Erstunterzeichner das erwähnte Postulat. Die Begründung liegt schriftlich vor und kann in den Akten eingesehen werden. Der Stadtrat hat nun bis zur nächsten Sitzung im Juni Zeit, bekanntzugeben, ob er das Postulat entgegennimmt. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen.



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

4. **Postulat der GPK, "Lärmschutzmassnahmen entlang der SBB-Linien",
Kenntnisnahme des Zwischenberichtes und Fristverlängerung** U 1.1.2
-

Ratspräsident Heinrich Schlatter erklärt, dass der Stadtrat einen Zwischenbericht mit Antrag zur Fristverlängerung bis zum 2. Oktober 1997 eingereicht hat. Das Büro hat daraufhin das Geschäft, mit Möglichkeit zur Diskussion, traktandiert.

GPK-Präsident Anton Steiner erwähnt den Ursprung dieses Postulates, welcher nun bereits 18 Jahre zurück liegt. Das GPK-Postulat hat den Sinn, durch Einleitung von rechtlichen Schritten, den Druck auf die SBB soweit zu erhöhen, dass diese ihrer gesetzlichen Verpflichtungen endlich nachkommt und diese nicht immer wieder weiter aufschiebt. Anton Steiner erwartet vom Stadtrat einen konkreten Vorschlag, wie gegen die SBB vorgegangen werden kann. Im Bereich Lärmschutzmassnahmen wurden während dieser langen Zeit bereits Fr. 500'000.- verplant. Der Bund verlangt von jeder Privatperson, dass diese ihrer gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt (z.B. Sanierung der Heizungen). Selber drückt er sich jedoch von seinen Verpflichtungen. *Die GPK stellt den Antrag, die Frist zur Beantwortung des Postulates nur um 6 Monate zu verlängern.*

Stadtrat David Häne stellt fest, dass der Bund sich tatsächlich vor gewissen Aufgaben drückt. Dies wird jedoch durch das Bundesparlament abgesehen. In letzter Zeit konnten jedoch Fortschritte im Bereich der "Bülach-Linie" erzielt werden. Hier existieren unterschriebene Verträge. Für die "Klotener-Linie" ist dies jedoch nicht der Fall. Ein entscheidender Schritt konnte gemacht werden, dies ist jedoch nicht genug. Beim Bund wird über eine weitere Verzögerung bis 2007 diskutiert. David Häne sträubt sich nicht gegen eine Fristverkürzung. In sechs Monaten liegen jedoch sicherlich keine neuen Resultate vor. Es kann lediglich ein Beschluss über die Ergreifung von Rechtsmitteln erarbeitet werden. Dies ungeachtet der weiteren Tätigkeiten der SBB.

GPK-Mitglied Janez Zekar erklärt, dass die GPK keine weiteren Verzögerungen wünscht und den Druck erhöhen will. Die Rechtsmittel sollen ergriffen werden, vielleicht führt dies zum Durchbruch.

In der Abstimmung obsiegt der Antrag der GPK mit 32:2 Stimmen. Das Postulat wird bis zum 2. Oktober 1996 verlängert.



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

4. Postulat der GPK, "Lärmschutzmassnahmen entlang der SBB-Linien", U 1.1.2
Kenntnisnahme des Zwischenberichtes und Fristverlängerung
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 2. April 1996 und den Antrag der Geschäftsprüfungskommission von heute -

BESCHLIESST:

1. Die Frist zur Beantwortung des Postulates der GPK, "Lärmschutzmassnahmen entlang der SBB-Linien", wird bis zum 2. Oktober 1996 verlängert.
 2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - GPK
5. Definitive Einführung der Fünftageweche an der Volksschule und an den Kindergärten S 1.9.2
-

GPK-Sprecher Werner Erni, erklärt, dass sich die GPK bei diesem Geschäft nicht einig wurde. Auf einen Minderheitsantrag wird jedoch verzichtet, da die Vorlage noch vom Volk bewilligt werden muss. Das heutige Schulsystem geht auf Erlasse aus dem Anfang dieses Jahrhunderts hervor. Auf gesetzlicher Ebene gibt es keine Bestimmungen. Zur Zeit erproben etwa 70 Schulgemeinden die Fünftageweche. Die Rückmeldungen dieser Gemeinden auf eine Vernehmlassung 1993/94 waren allesamt positiv. Die Fünftageweche findet bei den Lehrkräften, den Eltern und den Schülern guten Anklang. Der Regierungsrat verlangt einen Grundsatzentscheid des Volkes zur definitiven Einführung der Fünftageweche in den Gemeinden. Die Schulpflege hat zwei Umfragen bei den Eltern gemacht. Die erste ergab eine Befürwortung von etwa 65%, bei der zweiten lag sie sogar bei rund 90%. Die Probephase kann abgeschlossen werden. Der Systemwechsel wirkt sich kostenneutral aus.

Priska Brühlart erwähnt die Bedenken der GPK-Minderheit. Es sind Bedenken im gesellschaftlichen wie auch schulischen Bereich vorhanden. Diverse Berufe arbeiten am Samstag, der Trend ist zunehmend. Es kann kaum von gewonnener "Familienfreizeit" gesprochen werden. Die Schüler werden dem Erwachsenenrhythmus untergeordnet. Mehr Stunden in weniger Tagen, dadurch auch kaum weniger Aufgaben; weniger Abwechslung, weniger "Freizeitblöcke". Zeit für Musik, Sport oder Eigenbeschäftigungen wird während der Woche eingeschränkt.



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

Stadträtin Madeleine Roth bittet um Unterstützung der Anträge der Schulpflege und des Stadtrates. Die Erfahrungen aus der Testphase sind gut. Sie hat festgestellt, dass viele frühere Gegner der Fünftageweche diese heute befürworten.

Werner Brühlmann (FDP) ist der Ansicht, dass acht Lektionen im Tag zuviel sind. Die Last für die Schüler und Schülerinnen wird zu gross, alles wird zusammengedrückt. Das letzte Wort wird das Volk sprechen.

Markus Goetschi (SVP) stellt fest, dass sowohl Befürworter wie auch Gegner der Fünftageweche gute Argumente besitzen. Er bittet den Stadtrat, darauf zu achten, dass in der Abstimmungsweisung beide Seiten klar und ausgewogen aufgezeigt werden.

Schulpräsident Markus Mendelin bittet um Unterstützung des vorliegenden Antrages. Die gemachten Erfahrungen sind gut. Die Eltern wurden befragt und haben eine klare Antwort gegeben. Da auch Fächer wie Turnen, Handarbeit usw. vorhanden sind, ist von der Stoffseite her auch für Auflockerung gesorgt.

Der Antrag wird mit 25:10 Stimmen zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

5. Definitive Einführung der Fünftageweche an der Volksschule und an den Kindergärten S 1.9.2
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Schulpflege vom 1. Februar 1996, des Stadtrates vom 20. Februar 1996 und der Geschäftsprüfungskommission vom 18. April 1996 -

BESCHLIESST:

1. Der definitiven Einführung der Fünftageweche an der Volksschule und an den Kindergärten wird mit 25:10 Stimmen zugestimmt.
2. Die Vorlage ist der Volksabstimmung zu unterbreiten.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Erziehungsdirektion, Abteilung Volksschule, 8090 Zürich
 - Bezirksschulpflege, Zelglistrasse 1, 8181 Höri
 - Schulpflege
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

6. Festsetzung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes

E 2.3.1

Nach den Erläuterungen des RPK-Sprechers, Charles Kulli, wird das Wort nicht weiter erwünscht. Dem Geschäft wird ohne Gegenantrag zugestimmt.

6. Festsetzung des befristeten Stromtarif-Rabattsatzes

E 2.3.1

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge der Werkkommission vom 14. Februar 1996, des Stadtrates vom 5. März 1996 und der Rechnungsprüfungskommissions vom 17. April 1996 sowie in Anwendung von § 49 Ziffer 2 lit. f der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Dem befristeten Stromtarif-Rabatt von 2.1 % des Elektrizitätswerkes Opfikon beim Grund- und Leistungspreistarif wird zugestimmt.
2. Diese Regelung gilt vom 1. April 1996 bis 30. September 1997; Änderungen aufgrund ausserordentlicher Verhältnisse bleiben vorbehalten.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Werkkommission
 - Finanzvorstand
 - Finanzverwaltung
 - Städtische Werke
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

7. Ersatzwahl in das Wahlbüro

A 1.A

Charles Kulli schlägt im Namen der IFK vor:

- Jörg Altorfer, Haldenstrasse 10 (SVP)
- Daniela Honegger, Obere Bubenholzstrasse 5 (NIO)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

DER GEMEINDERAT BESCHLIESST:

1. Die Vorgeschlagenen werden als Mitglieder des Wahlbüros gewählt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - die Gewählten (Wahlanzeige)
 - Bezirksrat Bülach
 - Stadtrat
 - Substitut



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

8. Wahlen gemäss § 37 der Gemeinde-Ordnung

V 4.3.2

8.1 Geheime Wahl des Ratspräsidenten für das Amtsjahr 96/97

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch ihren Präsidenten Charles Kulli, schlägt einstimmig vor:

- Peter Bühler, FDP

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	35
Eingegangene Wahlzettel	35
abzüglich leere Wahlzettel	4
abzüglich ungültige Wahlzettel	0
massgebende Zahl der Wahlzettel	31
 Absolutes Mehr	 16
 gewählt ist Peter Bühler mit Stimmen	 26
 vereinzelte Stimmen	 5
 Total	 31

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- den Gewählten
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

Peter Bühler bedankt sich für das ausgesprochene Vertrauen und nimmt die Wahl an. Er verabschiedet den abtretenden Ratspräsidenten Heinrich Schlatter und würdigt seine Arbeit. Heinrich Schlatter erhält die Wanderkarten des Kantons Zürich und zwei vielseitig einsetzbare Wanderstöcke mit Glocke und Durstlöcher. Da Heinrich Schlatter mit dieser Sitzung auch aus dem Gemeinderat austritt, wird auch die Verabschiedung vorgenommen. Heinrich Schlatter gehörte seit 1989 dem Gemeinderat an und war auch während einer Amtsperiode GPK-Präsident. Mit den üblichen Geschenken und einem grossen Applaus wird Heinrich Schlatter verabschiedet.

Heinrich Schlatter vergleicht sein Amtsjahr mit einem Sportjahr, in welches er eingestiegen ist und sich mit Training und Erfahrungen vorwärts gebracht hat. Im Bereich der Fairness machte er jedoch bittere Erfahrungen. Er wünscht dem Rat für die Zukunft mehr Rücksicht und weniger gegenseitiges "auf die Füsse stehen". Von seiner Ratszeit möchte er jedoch keine Minute missen. Er konnte viele Erfahrungen sammeln und viel lernen. Heinrich Schlatter dankt allen für das entgegengebrachte Vertrauen und wünscht allen alles Gute für die Zukunft.

Peter Bühler erläutert seine Ziele für das Amtsjahr. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit und wünscht sich, dass Schlagzeilen wie "Akt der Tragödie" ausbleiben. Alle müssen am Aufschwung mitarbeiten. Es darf in der Zukunft nicht noch mehr Arbeitslose und noch weniger Lehrstellen geben.



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

8.2 Geheime Wahl des 1. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 96/97

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch ihren Präsidenten Charles Kulli, schlägt einstimmig vor:

- Kurt Schwaighofer, CVP

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	35
Eingegangene Wahlzettel	35
abzüglich leere Wahlzettel	4
abzüglich ungültige Wahlzettel	0
massgebende Zahl der Wahlzettel	31
Absolutes Mehr	16
gewählt ist Kurt Schwaighofer mit Stimmen	26
vereinzelte Stimmen	5
Total	31

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- den Gewählten
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

8.3 Geheime Wahl des 2. Vizepräsidenten für das Amtsjahr 96/97

Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch ihren Präsidenten Charles Kulli, schlägt einstimmig vor:

- Daniel Trachsler, NIO

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die geheime Wahl ergibt:

Zahl der Anwesenden	35
Eingegangene Wahlzettel	35
abzüglich leere Wahlzettel	6
abzüglich ungültige Wahlzettel	0
massgebende Zahl der Wahlzettel	29
Absolutes Mehr	15
gewählt ist Daniel Trachsler mit Stimmen	23
vereinzelte Stimmen	6
Total	29



SITZUNG VOM

6. Mai 1996

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- den Gewählten
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

8.4 Wahl von drei Stimmenzählern für das Amtsjahr 96/97

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt als Stimmenzähler vor:

- Desirée Hanimägi, EVP
- Alois Steiner, SVP
- Guido Uboldi, FP

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die Vorgesprochenen werden mit grossem Mehr gewählt.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- die Gewählten
- Stadtrat
- Stadtkanzlei

Schluss der Sitzung

Seit dem 1. Oktober 1980 ist Edgar Tischhauser der Stadtschreiber der Stadt Opfikon. Heute nimmt er an der letzten Gemeinderatssitzung vor seiner Pensionierung teil. Ratspräsident Peter Bühler würdigt die langjährige, ausgezeichnete Arbeit für die Stadt Opfikon und überreicht ihm Blumen. Edgar Tischhauser wird mit einem lange anhaltenden Applaus verabschiedet.

Edgar Tischhauser bedankt sich für die jahrelange, gute Zusammenarbeit. Er wünscht allen weiterhin eine gute Ratstätigkeit. Er hofft, dass die zukünftige Zusammenarbeit auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen zwischen Rat, Stadtrat und Verwaltung stattfindet.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Peter Bühler macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 8. Mai 1996

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

R. Würsch



PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 289 -

SITZUNG VOM

6. Mai 1996

Protokoll geprüft:

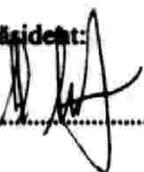
Datum:

Der Präsident:


.....

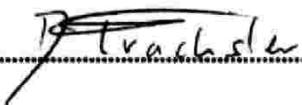
13.5.1996
.....

Der 1. Vizepräsident:


.....

13.5.96
.....

Der 2. Vizepräsident:


.....

14.5.96
.....

C/GRPROZ

